Morgen-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt" u. „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Gratis-Beiblätter zum „Berliner Tageblatt": Jeden Montag „Feldpost", jeden Mittwoch „Technische Rundschau", jeden Donnerstag und Sonntag illustrierte Chronik „Der Welt-Spiegel", jeden Freitag das illustrierte Blatt „U.T.K.", jeden Sonnabend „Haus Hof Garten"; täglich „Zentralmarkt für den Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Rußlands und der Donaustaaten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49, Fernsprecher Amt I Nr. 10151—10148, sowie den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chef-Redakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Bezugs- und Anzeigenpreis. Durch die Post bezog. viertelj. 6 M., Ausland ohne Postaufschlag; für Groß-Berlin b. tägl. zweimalig. Zustellung monatl. 2 M., viertelj. 6 M. Direkt unter Kreuzband monatl.: fürs Ausland 3 M., fürs Inland 3.20 M. Inserate à Zeile 80 Pf. („General-Anzeiger" und „Wohnungs-Anzeiger" 50 Pf.) Inserat- und Abonn.-Annahme in der Haupt-Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 46/49 und den Filialen: Leipzigerstr. 103; Lietzbauerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Kaiserswerthstr. 3; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 31; Frankfurter Allee 61/62; Blücherstr. 69; Elbingerstr. 1-4; Prenzlauer Allee 54; Schützenstr. 27; Charlottenburg, Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 39; Friedenau-Steglitz, Rheinstr. 39; Groß-Lichterfelde West, Karlstr. 1-2; Lichtenberg, Frankfurt. Chaussee 123; Pankow, Wormbsmerstr. 1; Rixdorf, Berlinerstr. 41; Schöneberg, Hauptstr. 158, Tegel, Berlinerstr. 97; Weißensee, Königschausseestr. 15; Wilmersdorf, Uhlandstr. 98/99.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 390
39. Jahrgang

Donnerstag
4. August 1910

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel" Nr. 62.

Flottenfanatiker.

Der Panzerplattenpresse ist es sehr unangenehm, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich einem Rüstungsabkommen mit England keineswegs feindselig zeigt und somit die Berufung der Reichsregierung auf eben diese öffentliche Meinung, durch die sie von einer Abänderung des Flottengesetzes abgehalten werde, gründlich dementiert. Jene Presse, die in der Wahl ihrer Mittel niemals wählerisch ist, spricht natürlich ihre Verachtung dieser öffentlichen Meinung aus, da sie in Deutschland bekanntlich allein das Recht besitzt, öffentliche Meinung zu „mimen". Ein reaktionärer Redakteur ist eben kraft seines Gewerbes der allein patentierte Patriot in diesen Landen. Die vernünftigen Leute aber, die in einem Wettrüsten kein Heil sehen, werden als Phantasten verspottet oder als Menschen beschimpft, die für die „Würde" des Reiches kein Gefühl hätten.

Man könnte über dieses Geschwafele gleichmütig hinweggehen, wenn jene Presse trotz ihrerer Richtigkeit und Erbärmlichkeit dem Auslande gegenüber nicht manchen Schaden anrichtete. Ihr verdanken wir zum großen Teil unsere Unbeliebtheit und das Mißtrauen, das uns entgegengebracht wird.

Die Gründe, die sie gegen ein Rüstungsabkommen öffentlich vorbringt, sind die, daß es einmal eine Utopie sei, den Rüstungen von nur zwei Staaten eine bestimmte Grenze stecken zu wollen, solange nicht alle in einem solchen Vertrage einbegriffen seien, und sodann der wichtigere, daß England durch eine Vereinbarung lediglich seine augenblickliche Ueberlegenheit über Deutschland, seine Seeherrschaft, ein für allemal sichern wolle.

Indessen muß man doch anerkennen, daß England in dieser Beziehung sich tatsächlich in einer gewissen Zwangslage befindet. Solange seine Landstreitkräfte in einem für die Verteidigung des Landes so ungenügenden Zustande bleiben wie gegenwärtig, kann niemand leugnen, daß es seine nationale Unabhängigkeit nur und ausschließlich durch die unbedingte Ueberlegenheit seiner Flotte über jede andere Flotte sichern kann. Das ist ihm eine Lebensbedingung, ganz abgesehen von dem kolossalen Kolonialbesitz, der ohne überragende Seegeltung rasch verloren gehen würde. Und mit dessen Verlust England aufhörte, eine Großmacht zu sein.

Von allen Seemächten ist doch nun aber Deutschland allein sein ernsthafter Nebenbuhler. Amerika kommt schon um deswillen nicht in Betracht, weil sein Landheer noch sehr viel schwächer ist als das englische; in Frankreich aber ist die Flotte zurzeit auf einen Stand gesunken, der sie in keiner Weise als gefährlich erscheinen läßt. Außerdem kann jeder sich sagen, daß die Franzosen, mit Deutschland im Rücken, in absehbarer Zeit eine Landung in England sicher nicht wagen würden, auch wenn die Freundschaft beider Nationen einen Riß erhalten würde.

England sieht mit einem gewissen Unbehagen auf die wachsende Seerüstung seines stärksten Handelsrivalen sieht, ist also an sich nicht unverständlich; sein Mißtrauen würde sich ebenso gegen Frankreich kehren, wenn dieses ein Gesetz schaffen würde, das ihm in etwa fünfzehn Jahren eine Flotte von 58 Schlachtschiffen sichert.

Nun aber hat sich doch außerdem die Frage der Rüstungsbeschränkung derart geklärt, daß niemand in beiden Ländern an einen in die spanischen Stiefel juristischer Zwangsvorschriften eingeschnürten Vertrag, gewissermaßen an eine notarielle Urkunde mehr denkt. Selbstverständlich würde sich jedes der beiden Länder vorbehalten, von den Abmachungen zurückzutreten, sobald es durch die Rüstungen eines dritten sich bedroht fühlte. Aber man könnte allerdings auch für diesen Fall verabreden, vor jeder gesetzlichen Maßnahme einen freundschaftlichen Meinungsaustausch und möglichst eine neue Vereinbarung zwischen beiden Ländern eintreten zu lassen.

Wir alle wollen die Interessen Deutschlands zur See gesichert sehen, wollen, daß man uns vorkommendenfalls respektiere, und sind zufrieden, daß wir, wenn auch mit großen Opfern, zurzeit mit den Vereinigten Staaten zusammen den zweiten Platz nach England belegt haben. Was wir aber entschieden nicht wollen, in unserer großen Mehrheit jedenfalls nicht, das ist ein uferloses Wettrüsten mit England, das so viele Gefahren des Krieges birgt und uns unerhörte finanzielle Lasten auferlegen würde. Wir haben schwer genug an der ohne Unterlaß steigenden Größe unseres Landheeres zu tragen, und unser Volk seufzt unter der Teuerung aller Lebensmittel.

Nun ist es nicht so, daß alle Vorteile eines Abkommens sich nur auf englischer Seite finden würden. Wenn es sich herausgestellt hat — und es hat sich herausgestellt —, daß England jahraus, jahrein für jedes Schlachtschiff von uns zwei englische auf Stapel legen wird, so hat in der Tat eine weitere Beschleunigung unseres Schiffsbaues über den Rahmen des Flottengesetzes hinaus keinen Zweck mehr. Denn es ändert in dem gegenseitigen Verhältnis unserer Stärke nichts. Wenn daher der Flottenverein und mit ihm der Großadmiral v. Köster vom Jahre 1912 an anstatt der durch das Gesetz vorgesehenen Zahl von zwei Schlachtschiffen deren mindestens drei auf Stapel legen möchte — wie sie dies ausgesprochen haben —, so ist das ein völlig unnützes und darum unpatriotisches Verlangen. Zweifellos bestände darin eine Ueberschreitung des Rahmens des Flottengesetzes ebenso wie in der Umwandlung der Panzerkreuzer in Linienschiffskreuzer. Es wird ganz unrichtigerweise gelegentlich die Auffassung verbreitet, als habe das Gesetz von vornherein „Schlachtschiffkreuzer", das heißt für die Mitwirkung in der Schlacht bestimmte Kreuzer, vorgesehen, und es wird in der gleichen Absicht nur noch von zwanzig „Panzerkreuzern" gesprochen, die die deutsche Flotte nach dem Gesetz besitzen solle. Da ist es denn sehr leicht zu deduzieren, daß die großen geschützten Kreuzer der „Hertha"klasse beschleunigt ersetzt werden müßten, weil es dem Sinn des Gesetzes zuwiderlaufe, wenn man sie als „Panzerkreuzer" rechne. Aber das Gesetz spricht gar nicht von „Panzerkreuzern", sondern ganz einfach von „großen" Kreuzern (über 5000 Tons!) und verlangt diese mit klaren Worten für den Auslandsdienst und für die Aufklärung. Gerade ihre Ausgestaltung zu Linienschiffskreuzern läuft daher dem Sinn des Gesetzes zuwider, nicht aber das Verbleiben der großen geschützten Kreuzer im Flottenbestande. Wie sich denn auch die Behauptung des Nautikus von 1909, daß alle großen Seemächte gezwungen sein würden, den „Dreadnought"- und „Invinzible"-typus nachzuahmen, für letzteren bisher nicht bewahrheitet hat. Nur Deutschland allein hat die englischen Linienschiffskreuzer nachgeahmt. Die übrigen Mächte aber scheinen viel eher einer Verschmelzung beider Typen zu einem einheitlichen Schlachtschiff zuzustreben. Es würde somit sehr gut angängig sein, eine Vereinbarung mit England derart zu treffen, daß wir das Flottengesetz in seiner letzten Gestalt vom Jahre 1908 weder der Zahl der Schiffe noch der Beschleunigung des Bautempos nach überschreiten würden. Kapitän zur See Persius macht im „Fränkischen Kurier" auf die Aeußerung eines hervorragenden englischen Parlamentariers aufmerksam, wonach ein Ueberschreiten des bestehenden Flottengesetzes im Jahre 1912 einen Anreiz zum Kriege bilden würde. Man mag darüber denken, wie man will, daß aber damit die Deutschland feindliche Stimmung in England mächtig würde verstärkt werden, kann keinem Zweifel unterliegen. Man würde sich dann dort drüben wahrscheinlich sagen, daß wir unbekümmert um unsere Finanzlage eine Schlachtflotte von 80 Schiffen anstreben, und daß England daher 160 bis 170 haben müsse. Das wäre das uferlose Wettrüsten, das die wahren Patrioten auf beiden Seiten des Kanals nicht wünschen können.

Gewiß haben wir das Recht, Schlachtschiffe zu bauen, soviel wir wollen und können; aber auch England hat das Recht, sich durch unsere Rüstungen bedroht zu fühlen. Und wenn Recht auf Recht stößt, so pflegen kluge Leute, die keine Prozeßhansel sind, schon im bürgerlichen Leben einen vernünftigen Vergleich anzustreben; warum nicht auch im internationalen Verkehr?

Und wir haben doch gar nicht nötig, die Entwickelung der Dinge zu übereilen und dadurch allein vielleicht zu gefährden. Die Zeit arbeitet für uns und nicht für England; alle Leute, denen das wahre Wohl des Landes und nicht der augenblickliche eigene Profit am Herzen liegt, können sich in der gelassenen Ueberzeugung vereinen: „Wir haben Zeit, zu warten"!

Jeder neue „Dreadnought", der in Brasilien, in Argentinien, selbst in Japan auf Stapel gelegt wird, von Oesterreich und Italien nicht zu reden, fördert die Freiheit der Meere. In einigen Jahren wird China, wird vielleicht die Türkei Anstalten treffen, in die Reihe der Seemächte einzutreten. Je größer der Kreis dieser wird, um so mehr veringert sich das relative Uebergewicht der englischen Flotte, desto weniger kann Großbritannien Anspruch auf die unbedingte Herrschaft zur See machen. Dieser in der Tat lästige Anspruch wird an der harten Logik der Tatsachen zerschellen, ohne daß wir es bis an die Grenze eines Bruches mit England treiben. So wenig wir mit unserem starken Heer die unbedingte Herrschaft auf dem europäischen Kontinent besitzen, so wenig kann England sie auf der See festhalten. Auch das stete Anwachsen der nordamerikanischen Flotte ist kein durchaus erfreuliches Ereignis für England; in seinem Bündnis mit Japan liegt immerhin der Keim möglicher Differenzen. Die Zeit arbeitet für uns!

Wenn aber jetzt von dem Abgange des Staatssekretärs v. Tirpitz die Rede war, so scheint es mir sehr unwahrscheinlich, daß er jemals deshalb gehen werde, weil man das Flottengesetz zu seinen Ungunsten abändern wolle. Viel wahrscheinlicher ist es, daß er verschwinden wird, wenn sein Verbleiben einer Erweiterung des Flottengesetzes hinderlich sein könnte, mit dem er gewissermaßen verwachsen ist. Gerade wie sein Vorgänger gehen mußte, um der Verdoppelung des ersten Flottengesetzes Raum zu schaffen! Er hatte bekanntlich eine Flotte von 16 Schlachtschiffen für die Bedürfnisse Deutschlands als genügend erklärt; jetzt gehen wir auf 58 los!

Sein Verschwinden wäre also ein Sieg der Flottenfanatiker und nicht ihre Niederlage.

Cädko,
früher Oberst und Kommandeur des Feldartillerieregiments 41.

---

* In der Themsemündung finden gegenwärtig, wie uns ein Telegramm unseres Londoner β-Korrespondenten meldet, Manöver zur **Prüfung der Verteidigungswerke** statt. Die Forts sind von regulären und Territorialtruppen besetzt. Zwei Kanonenboote liegen in der Mündung und halten alle einlaufenden Handelsschiffe an. Es soll der Versuch gemacht werden, nächtliche Angriffe und bei Tage Landungen vorzunehmen.

Die vatikanische „Fronde" und der Konflikt mit Spanien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 3. August.

Das „Giornale d'Italia" veröffentlicht zwei Unterredungen, die auf die Stimmung der sogenannten vatikanischen „Fronde" ein überaus bezeichnendes Licht werfen. Zunächst hielt sich das „Giornale" bei dem letzten Konklave vielgenannten, verhältnismäßig modern gesinnten **Kardinal Vincenzo Vannutelli** interviewen. Der Kardinal befleißigte sich zwar begreiflicher Vorsicht, machte aber eine Reihe hochinteressanter Andeutungen. Zunächst gab Vannutelli zu verstehen, daß weder er noch die übrigen Kardinäle von dem Staatssekretär Merry del Val irgendwie konsultiert worden seien, der seine spanische Politik ohne Rücksicht auf das Kardinalskollegium machte. Uebrigens glaubt der Kardinal, der Heilige Stuhl werde alles aufbieten, um eine weitere Zuspitzung des Konfliktes zu vermeiden. Von Canalejas sagte der Kardinal seufzend: „Ist das ein schrecklicher Mann! Hoffen wir, daß Gott seinen Sinn änderel" Auf die Frage, ob König Alfons die Politik seines Ministerpräsidenten billige, erwiderte der Kardinal: „Alfons war von jeher aus Empfindung und Tradition glühender Katholik, aber er ist jung, der Aermste und befindet sich zurzeit in arger Klemme." „Und wie sind die religiösen Gefühle des spanischen Volkes?" „Das spanische Volk", antwortete die Eminenz, „ist größtenteils katholisch gesinnt und mißbilligt die Politik der Regierung." Der Kardinal, der Nuntius in Lissabon war, glaubt, wie er am Schluß der Unterredung bemerkte, nicht an ein Uebergreifen des spanischen Antiklerikalismus auf Portugal, dessen Regierung weit gemäßigter, und dessen Dynastie dem Heiligen Stuhl überaus ergeben sei.

Ein zweites, noch viel interessanteres Interview hatte ein Mitarbeiter des „Giornale" mit dem **Advokaten Gajiseo Vannutelli,** einem Neffen des Kardinals, der den Journalisten seinem Oheim vorgestellt hatte. Zwar erklärte der Advokat ausdrücklich, daß der Kardinal für seine Ansichten nicht verantwortlich zu machen sei; da aber der Neffe im Hause des Oheims wohnt und beständig mit ihm zusammen lebt, so darf man wohl annehmen, daß aus dem Munde des Advokaten Vannutelli der Kardinal Vannutelli spricht.

Vannutelli jun. mißbilligt rückhaltlos die Politik Merry del Vals in den letzten Jahren. Er sagte: „Im Staatssekretariat haben sie noch immer nicht begriffen, daß der Vatikan heute nicht mehr dieselbe Politik treiben kann wie vor fünfzig oder sechzig Jahren. Die Zeiten haben sich geändert, und die Kirche als Inbegriff jeder anderen Autorität muß sich den neuen Zeiten fügen und anpassen, ja der Kirche tut erst recht höherer Takt und Weisheit not. Die Fehler Merry del Vals waren, daß er, obschon er als Spanier doch Canalejas kennen mußte, von Anfang an mit viel zu viel Impulsivität ins Zeug ging. Wäre Merry del Val diplomatisch, taktvoll und ruhig zu Werke gegangen, so hätte er sicherlich vermeiden können, daß die Angelegenheit in offenen Konflikt ausartete. Merry del Val hätte sich zum Beispiel nicht allein auf die 1908 dem Kabinett Maura gemachten Zugeständnisse beschränken, sondern noch einige weitere Konzessionen machen müssen." Der Kardinalnepot bemerkte weiter, was sehr bedeutsam ist: „Es ist merkwürdig, muß aber konstatiert werden, daß Seine Heiligkeit der Papst immer nur auf Merry del Val und Vives y Tuto hören wollte. Die übrigen Kardinäle waren und sind (unter Pius X. nämlich) von der Politik des Heiligen Stuhles ausgeschlossen." Vannutelli jun. glaubt, daß Merry del Val jetzt alles aufbieten werde, um durch die fromme Königinmutter eine Pression auf Alfons XIII. auszuüben, aber der Erfolg sei fraglich.

„Und halten Sie Merry del Vals Stellung für erschüttert?" fragte der Journalist weiter. Die Antwort lautete: „So wenig Takt er bewiesen hat, es wäre doch ein Unglück, wenn er heute zurückträte; denn wer könnte oder möchte in einem solchen Augenblick eine so schwer kompromittierte Erbschaft übernehmen? Gewiß, sein Rücktritt wäre ein Unglück." Vannutelli jun. schloß mit der Bemerkung, der Heilige Stuhl leide unter allen diesen Schlägen und sehe immer mehr ein, daß im Grunde genommen doch Italien seine einzige Lieblingstochter sei.

*

Sonderbare Gerüchte über die augenblickliche **Lage in Spanien** scheinen in England verbreitet zu sein. Wie uns unser Madrider Korrespondent depeschiert, hat der spanische Ministerpräsident gestern eine telegraphische Anfrage aus England erhalten, in der um eine offizielle Bestätigung einer Meldung vom Ausbruche des Bürgerkrieges in Spanien gebeten wurde. Die Regierung beabsichtigt, die Verbreiter dieser falschen Nachricht zur Rechenschaft zu ziehen. General Weyler konferierte gestern telephonisch mit Canalejas und teilte ihm mit, daß in Katalonien völlige Ruhe herrsche.

Romreise König Manuels von Portugal.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Rom, 3. August.

Die offiziöse „Tribuna" teilt mit, daß der König von Italien an den König von Portugal eine offizielle Einladung, ihn im Frühjahr 1911 in Rom zu besuchen, habe ergehen lassen,